

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2326

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2326



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

«GRÜNE WIRTSCHAFT»

NEIN

up!schweiz lehnt die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ab. Mit fragwürdigen Begründungen will diese Initiative staatlich verordneten Konsumverzicht durchsetzen. Das schadet unserem Wohlstand und unserer Freiheit und unterschätzt zukünftige Innovation.

von
**Martin
Hartmann**



Die Drosselung des Energieverbrauchs auf einen Drittel des heutigen Konsums hätte dramatische Konsequenzen für das Privatleben jedes Einzelnen. Zudem: Gesamtwirtschaftlich würde das den Werkplatz Schweiz schwächen. Die Schweiz befindet sich bereits heute in einer Spitzenposition im Bezug auf Ressourceneffizienz und würde sich durch einen so radikalen Alleingang schaden.

Der ökologische Fussabdruck ist aufgrund seiner Einseitigkeit und hypothetischen Grundannahmen ein untaugliches Instrument.

Am entscheidendsten ist aber die aufgeblähte Macht des Staates, der in seiner anmassenden Weitsicht den Bürgern vorschreiben soll, wie sie zu leben haben und dies entweder belohnt (Nudging) oder durch Lenkungssteuern bestraft. Wir lehnen diese Bevormundung und Volkserziehung entschieden ab. Jeder mündige Bürger weiss am besten selbst,

was für ihn passt. Eingriffe des Staates führen zudem zu unerwünschten Kettenreaktionen, weshalb sich die Wirtschaftsstruktur der Schweiz stärker an die Marktkräfte als an staatliche Planung anlehnen soll.

UNSERE ARGUMENTE

Konsequenzen

Bereits am 30. November 2008 hat die Stadt Zürich beschlossen, ihren Energieverbrauch auf 2'000 Watt sowie auf 1 Tonne CO₂-Ausstoss pro Bürger und Jahr zu beschränken. Vielen dürfte auch heute noch nicht bewusst sein, was das konkret für sie bedeutet. Heutzutage verbraucht die Schweiz Ressourcen, die – ceteris paribus – drei Erden benötigen würden, würden alle Weltenbürger gleich leben wie die Schweizer. Die Initianten möchten den Ressourcenverzehr auf eine Erde reduzieren und damit den Energieverbrauch um zwei Drittel

reduzieren. Das wäre das Niveau von 1960 und entspricht dem Verbrauch heutiger Schwellenländer. Die wenigsten Leute sind bereit, auf den heutigen Wohlstand und die Lebensqualität zu verzichten. Konkret würde das nämlich bedeuten: Nicht jede Familie hätte ein Auto, in die Ferien würde ohne Flugzeug gereist, die Wohnung würde weniger gelüftet und ist 2 Grad kühler (man müsste also zu Hause einen Pullover anziehen) und man hätte viel weniger elektronische Geräte wie Handy, Laptop, TV, Internet, Waschmaschine, Kühlschrank, etc. Aktuell lebt ein Stadtzürcher mit 4'200 Watt. Die Einschnitte wären also massiv. Volker Quaschnig verdeutlicht die Konsequenzen in Deutschland für Greenpeace Deutschland: Bis 2020 müsste der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen verboten werden, bis 2025 muss die Produktion von Benzin- und Dieselfahrzeugen eingestellt werden und ab 2040 dürfte keinerlei Kohle, Erdöl oder Ergas mehr verfeuert werden.

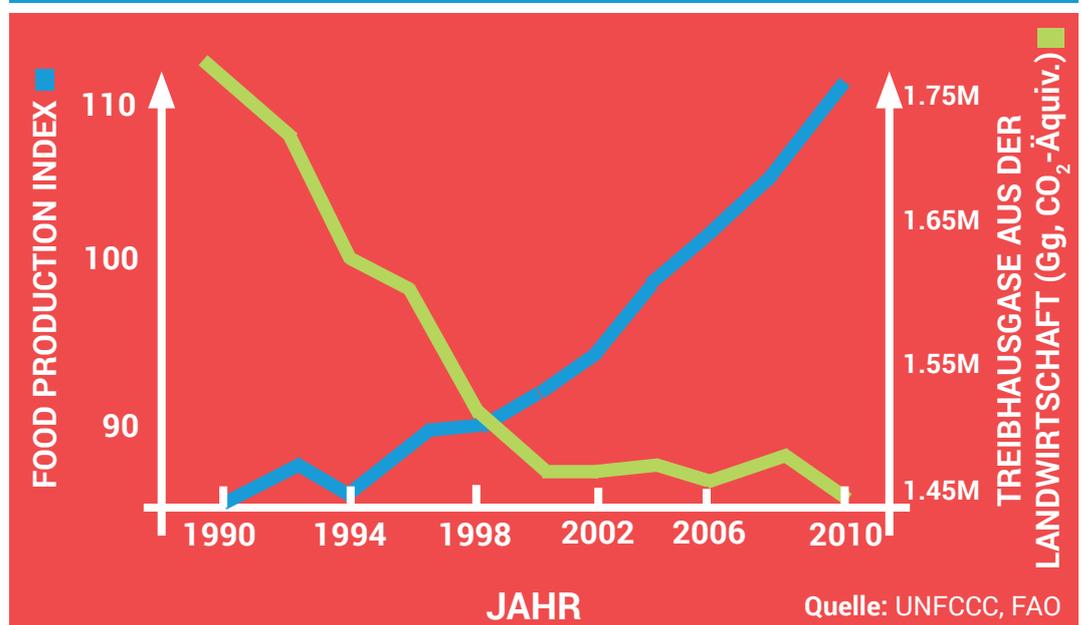
Die Wind- und Solarenergie müsste drei- bis sechsmal schneller ausgebaut werden als geplant, wobei heute schon 26'000 Windanlagen in Deutschland stehen und der Ökostrom den Konsumenten heute schon 25 Milliarden Euro kostet.

Was andererseits nicht beachtet wird, sind die unerwünschten Konsequenzen bei staatlichen Eingriffen. Bastien Girod forscht zu „mental rebound“ und hat festgestellt, dass Besitzer eines Hybridautos ein besseres ökologisches Gewissen haben und dadurch mehr Auto fahren. Oder dass Bewohner eines Minergiehauses wegen ihrem besseren ökologischen Gewissen häufiger in die Ferien fliegen.

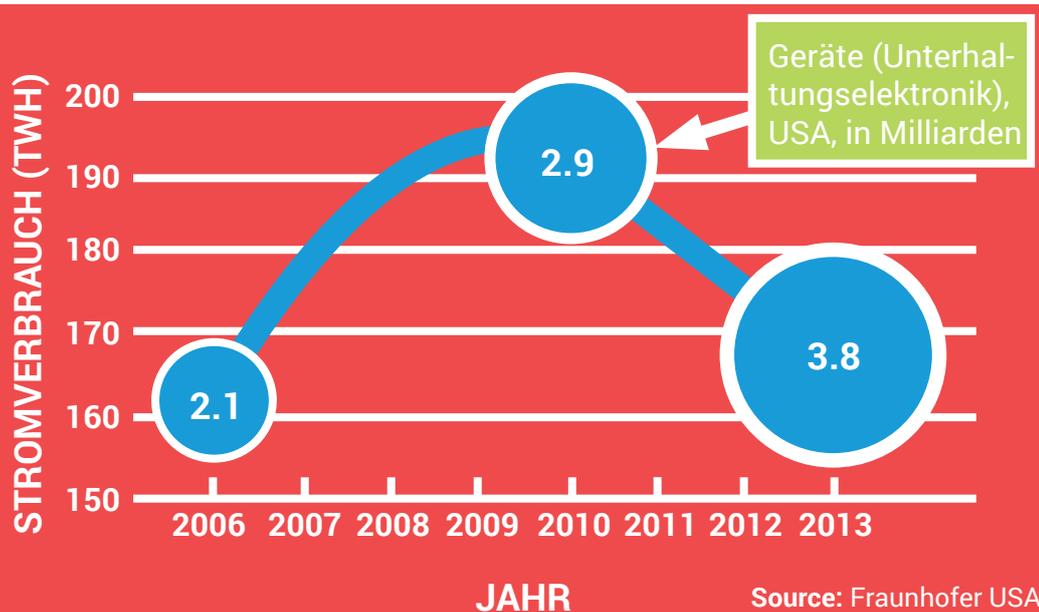
Der ökologische Fussabdruck ist nicht verfassungswürdig

Bevor man etwas in die Verfassung schreibt, muss dessen Tauglichkeit bewiesen sein. Das ist beim ökologischen Fussabdruck nicht der Fall. Er mag als umweltpädagogisches Kommunikationsmittel

MEHR NAHRUNGSMITTEL, WENIGER TREIBHAUSGASE



MEHR GERÄTE, WENIGER STROMVERBRAUCH



dienen, taugt aber nicht als feste Richtlinie in der Bundesverfassung.

Es handelt sich nämlich um ein statisches Konzept, das auf hypothetischen Annahmen basiert, welche zum aktuellen Zeitpunkt getroffen werden. Es fokussiert auf eine definierte Aktivität und geht von aktuell bekannten Technologien aus. Durch den technologischen Fortschritt und das veränderte Umfeld werden die zu Grunde liegenden Annahmen ungültig und der ökologische Fussabdruck wird als realitätsfremd entzaubert.

Die Kritik am ökologischen Fussabdruck kennt noch weitere Punkte wie die Undifferenziertheit bei der Flächennutzung: Dicht besiedelte Gebiete wie Singapur kommen dabei schlechter weg als bspw. die Mongolei. Werden die Unterschiede zwischen Land und Stadt, zwischen Landwirtschafts- und Verkehrsfläche nicht berücksichtigt, ignoriert man auch die komparativen Vorteile des freien Handels über Landesgrenzen hin-

weg: Jedes Land hat seine eigenen Wirtschaftsstrukturen. Die Initiativen bedienen sich also der öffentlichkeitswirksamen Inszenierung des ökologischen Fussabdrucks und nutzen ihn zur Volkserziehung.

Einseitigkeit und Einfältigkeit

Die Initiative stellt den ökologischen Fussabdruck über alles. Diese Scheuklappen sind einseitig bis schädlich. Die soziale und wirtschaftliche Dimension wird vernachlässigt, ebenso die Kaufkraft oder die Einkommensentwicklung. Der ökologische Fussabdruck sagt auch nichts über die Biodiversität, Umweltzerstörung (Abholzung, Überfischung) oder anderer Aspekte zur Bewertung der Nachhaltigkeit aus. Öffnet man nämlich seinen Horizont für die Realität in der Schweiz im Vergleich mit anderen Staaten, stehen wir heute schon an einer Spitzenposition in Sachen Ressourceneffizienz und Umweltschutz. Gerne wird auf den Vorbildcharakter der Schweiz verwiesen. Doch der er-

hoffte Nachahmer-Effekt scheiterte bisher an der Realpolitik und blieb aus. Der Ressourcenverbrauch der Schweiz ist global betrachtet irrelevant. Ein Alleingang der Schweiz versinkt in der Bedeutungslosigkeit. Es ist naiv und weltfremd, die Position der Schweiz in diesem Thema dermassen zu überhöhen. Die Möglichkeiten der Schweizer Politik sind sowieso gering, weil über 60% der Umweltbelastung des Schweizer Konsums im Ausland anfällt.

Eine gedeihende Wirtschaft statt staatlich verordnete Askese

Die Initianten beschränken ihr Denken selbst, indem sie die Möglichkeit ausblenden, dass die Wissenschaft einst Methoden hervorbringen könnte, die soviel Energie liefern, dass es keine wahrnehmbare Knappheit mehr gibt. Dieser Negativismus, die Selbstbeschränkung, die Reduktion, die Mässigung, Suffizienz und Genügsamkeit erinnern an die Selbstgeisselung. Sie ist fortschritthemmend. Stattdessen sollte man sich auf Weiterentwicklung konzentrieren, aufblühen, neue Ideen, wachsen und gedeihen. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass der Fortschritt Verfahren liefert, die die aktuelle Diskussion erübrigen.

Es ist ein Unding, die staatliche Macht zu missbrauchen, um die eigenen Ängste und Bestrebungen der Allgemeinheit aufzuzwingen. Diese Vorlage verfolgt ein Ziel und verbietet andere Wege. Eine Vielfalt verschiedener Vorgehen war schon immer staatlichen Einheitslösungen überlegen. Der Appell an einen allwissenden und gutmütigen Staat offenbart die religiösen Züge grüner Politik. Er soll die Gebote definie-

ren, nach denen man richtig lebt.

Dabei wären Zweifel an der Erhabenheit von Staatsplänen und Beamtenentscheiden berechtigt. Die Stadt Zürich betreibt eine Subventionspolitik, die die NZZ zum Kommentar verleitete: „Dem EWZ geht das Geld für die Energiewende aus.“ Dies belegt abermals, dass die individuellen Entscheidungen der Marktteilnehmer eine viel präzisere Steuerung der Wirtschaft darstellen. Nicht der Staat bestimmt die Wirtschaft und den Strukturwandel (so wie es die Initianten wollen), sondern das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage. Und das ist der zentrale Vorbehalt gegenüber dieser Initiative: Wir möchten selbst über unseren Konsum entscheiden können und lehnen eine staatliche Bevormundung entschieden ab (Nudging und zweckgebundene Lenkungsabgaben). ■

QUELLEN

- Der Initiativtext: <http://bit.ly/2bf2YLI>
- Studie von Volker Quaschnig für Greenpeace: <http://bit.ly/2aYDsfV>
- Markus Schär, Die grüne Lebenslüge, Weltwoche 32.16
- Markus Schär, Interview mit Bastien Girod, Weltwoche 32.16
- Kritik am ökologischen Fussabdruck: <http://bit.ly/2aRWgPD>
- Mental-Rebound-Effekt: <http://bit.ly/2aFWrG>